

Der Haushaltsskandal in NRW zeigt, dass die Verantwortungsgrenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nicht richtig definiert sind

Schuldenföderalismus?

Von Gerd Held

Zu Recht wird davor gewarnt, dass aus der Europäischen Union eine „Transferunion“ wird. Dabei sind nicht nur die Finanzmärkte misstrauisch, sondern es gibt auch ein staatsbürgerliches Unbehagen darüber, dass die nationalen Grenzen der Haushaltsverantwortung aufgelöst werden. Das Unbehagen findet sich auf Seiten der Bürger in den Geberländern, die für fremde Misswirtschaft in Haftung genommen werden, und auch auf Seiten der Bürger der Empfängerländer, die sich ständiger Interventionen von außen ausgesetzt sehen. Besonders tückisch sind dabei „Mischprodukte“ wie gesamteuropäische Anleihen, in die der Transfer verdeckt eingebaut ist. So wird insgesamt ein Eckpfeiler des demokratischen Staats beschädigt: die Balance zwischen Steuerzahlung und Wahlentscheidung, die im Haushaltsrecht des Parlaments verkörpert ist. An seine Stelle tritt ein System der „alternativlosen“ Notverwaltung, die von Konferenz zu Konferenz eilt und gar keine größeren, im eigentlichen Sinn politischen Entscheidungen mehr zulässt.

Nun gibt es aber noch eine zweite Möglichkeit, mit einer Transferunion die checks and balances des Staates auszuhebeln. Sie spielt nicht in den Außenbeziehungen eines Landes, sondern in seiner Innenwelt. Auch hier gibt es demokratische Eckpfeiler – die jeweils eigenen Finanzhoheiten von Bund, Ländern und Gemeinden. Gewinnt hier ein Transfersystem die Überhand, wird die Eigenverantwortung zerstört und die Demokratie nimmt Schaden. Schaut man nun nach Deutschland, so verdeckt der gute finanzpolitische Ruf, den unser Land insgesamt genießt, eine Landschaft mit beträchtlichen Gegensätzen. Es gibt Bundesländer mit chro-

nischen Defiziten und die Haushaltssituation vieler Kommunen ist so prekär, dass sie keinen ordnungsgemäßen Haushalt mehr aufstellen können und unter Aufsicht ihrer Bezirksregierungen gestellt sind. Darunter sind Städte, deren Defizite im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft so hoch sind, dass die Hilfen gar keine Sanierungsperspektive bieten. Mitten in Deutschland gibt es sozusagen kleine „Griechenlands“.

Und auch hier wird die wahre Lage beschönigt. Man versucht, von der finanzpolitischen Bonität anderer Staatsebenen zu profitieren. Würde nur die Situation der jeweiligen Gemeinde zählen, müssten oft große Zinsaufschläge gezahlt werden. Doch verlassen sich viele Kreditgeber darauf, dass innerhalb Deutschlands im Notfall zahlungsunfähige Kommunen von höherer Hand gerettet würden. Und manche Kommunen fahren auf dieser Basis sogar eine expansive Ausgabenpolitik. Sie zeigen sich nicht nur großzügig bei der Bemessung von Wohngeld und wollen bei allen ökologischen oder kulturellen Prestigeprojekten mit dabei sein, sondern sie liebäugeln sogar damit, Stromversorger, Verkehrsbetriebe und Wasserwerke in kommunales Eigentum zu überführen. Wie bizarr! Mitten in einer Alarm-Debatte über die „kommunale Finanznot“ gibt es eine zweite Debatte über die „Rekommunalisierung“ der Daseinsvorsorge. Hier wird vorgeschlagen, dass die Kommunen auf Kredit private Unternehmen kaufen – und dabei von jener allgemeinen deutschen Bonität profitieren, zu der sie selber nichts beitragen.

Freilich wäre es nicht redlich, würde man den Kommunen allein die Schuld geben und hier nur lokale Großmannssucht unterstellen. In vielen Fällen sind es Vorgaben

von höherer Hand, die die Kommunen zu ihren Schritten verleiten und bisweilen sogar zwingen. Sie müssen das umsetzen, was auf höherer Ebene in der Sozial-, Bildungs- oder Integrationspolitik beschlossen wird. Wenn Bund und Länder mit guten Förder-Nachrichten an die Mikrophone gehen, fällt es den Kommunen schwer, das böse „Nein“ zu sagen. Auch setzt das Prinzip der Kofinanzierung, das den Gemeinden Geld verspricht, wenn sie selber Geld ausgeben, einen schlechten Anreiz. Dazu kommt eine gewisse Ideologieanfälligkeit – etwa in der Energiepolitik, wo Kommunen in den letzten Jahren einseitig auf Alternativenenergien und auf deren gesamtstaatliche Förderung gesetzt haben. Erfunden haben die Städte und Landkreise jene Politik der frommen Vorsätze, die hierzulande grassiert, nicht.

Vor diesem Hintergrund bekommt der Haushaltsskandal, den die rot-grüne Regierung in Nordrhein-Westfalen verursacht hat, erst wirklich seine Bedeutung. Eine Regierung ohne parlamentarische Mehrheit beschloss eine Steigerung der Neuverschuldung um 35% und musste durch den Verfassungsgerichtshof des Landes gestoppt werden. Bei dieser neuen Qualität der Schuldenpolitik schlugen verschiedene Zuweisungen an die Kommunen allein mit fast 1 Mrd. Euro zu Buche. So sollten unauffällig Gelder in jene Fässer ohne Boden gelenkt werden, in denen die Strukturprobleme des Landes schlummern und in die keiner näher schauen mag. Es verdient die Aufmerksamkeit, wie die Ministerpräsidentin ihre Haushaltspolitik begründet. Sie

hat eine Rechnung vorgelegt, nach der man bis zum Jahr 2100 (!) 790 Mrd. Euro mehr Wirtschaftsleistung erzielen würde, wenn man die Zahl der Schulabbrecher halbiert. Mit anderen Worten: Im Namen der „Prävention“ können Schulden kurzerhand als Investitionen gebucht werden. Die Milliardenzahl des in Aussicht gestellten Gewinns soll konkret klingen, ist aber eine reine Phantasierechnung. Mit der Realwirtschaft in NRW hat sie nichts zu tun und die Angabe „verhinderte Schulabbrecher“ besagt nichts über deren Qualifikation. Solche Rechnungen brechen alle Regeln zur Bewertung öffentlicher Ausgaben. Frau Kraft, die sich zusammen mit ihrer grünen Regierungspartnerin gerne in informeller Umarmung zeigt, zerstört das Haushaltsrecht des Parlaments. Sie führt die Entscheidung über öffentlichen Ausgaben auf ein Feld, auf dem es keine Überprüfbarkeit im Rahmen von Wahlperioden mehr gibt.

Die „neue Politik“, die da im größten deutschen Bundesland zum Vorschein kommt, muss also ernst genommen werden. Die NRW-Regierung steigert die Transferflüsse und heizt damit die Schuldenpolitik an. Sie zeigt sich freigiebig und zählt dabei schon auf frisches Geld aus anderen Bundesländern. Sie eröffnet den Weg in eine Transferunion Deutschland. Frau Kraft hat nach dem Richterspruch sogleich mitgeteilt, dass ihre Politik „alternativlos“ sei. Bis zum Jahre 2100, versteht sich. Man stelle sich nur einmal vor, Griechenland würde mit ähnlicher Chuzpe vorgehen.

(Manuskript vom 25.1.2011, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT vom 25.1.2011 unter der Überschrift „Dreister als die Griechen“)